

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nr. 15.— Mk. Durch Ausdräger 70.— Mk. pro Woche. Durch die Post 240.— pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an den Verlag. Redaktionspreis: 6.— 6 Nachm. Produktivgenossenschaft f. d. Provinz Schlesien, v. O. m. b. H., Breslau, Postfachkonto Nr. 31069. — Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8887

Montag, 4. Dezember 1922

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltenen Millimeterzelle ober deren Raum 10.— Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 2,50 M. Kleine Anzeigen, per Wort 1,50 Mark. — Reklame: Die Millimeterzelle 8 gespalten ober deren Raum im Wert 30.— M.

Zum Kampf der Anilinarbeiter.

Die USPD-Führer fallen den Streikenden in den Rücken.

In seiner heutigen Morgenausgabe schreibt der „Vorwärts“ zu dem Kampf der Ludwigshafener Arbeiter folgendes:

Es bestätigt sich immer mehr, daß es sich bei dem Streik um eine kommunistische Machtprobe handelt, die schon auf der kürzlich in Neustadt abgehaltenen Versammlung der kommunistischen Betriebsräte der Pfalz gefordert und von kommunistischer Seite schon seit langer Zeit unter der Arbeiterschaft propagiert wurde. Es ist eine Machtprobe nicht nur gegen das Unternehmertum, sondern vor allem gegen die Gewerkschaften, zu der der wilde Betriebsratkongreß in Berlin den Auftakt gegeben hat.

Das bedeutet die Aufforderung der USPD-Führer an die Arbeiterschaft, das Vorgehen des Unternehmertums gegen die Betriebsräte zu unterstützen, weil sie Kommunisten sind und Mittel und Wege zur Besserung der Lage der Arbeiterschaft ergreifen wollen.

Genau so wie bei dem spontan ausgebrochenen Düsseldorf Streik denunziert die USPD-Presse jetzt den Abwehrkampf der Ludwigshafener Arbeiter als „kommunistische Machtprobe“, die von langer Hand vorbereitet gewesen sei. Dies bedeutet die unerblickliche Aufforderung an die Machtorgane der Cuno-Regierung, gleich dem Regierungspräsidenten und Sozialdemokraten Grüninger in Düsseldorf auch den Streik in der Badischen Anilin- und Sodafabrik mit Waffengewalt niederzuschlagen.

Doch genau so einzig die Ludwigshafener Arbeiter die Solidarität hochhalten, muß die Gesamtarbeiterschaft geschlossen dem niederträchtigen Manöver der Stinnes-Freunde entgegentreten. Wo sich in der letzten Zeit, durch unerträgliche Provokationen zum äußersten getriebene Arbeiter gegen das Unternehmertum zur Wehr setzten, sind ihnen die USPD-Führer in den Rücken gefallen. Sofort als z. B. in Ludwigshafen die Maßregelung der drei Betriebsräte bekannt wurde, mißbrauchte die USPD die Jugendlichen der „Arbeiterjugend“, und ließ sie während der Nacht Plakate anschlagen, in denen gegen die Kommunisten gehetzt und die Arbeiterschaft aufgefordert wurde, den kommunistischen Betriebsräten gegenüber keine Solidarität zu üben.

Die USPD-Führer setzen ihre arbeiterfeindliche Taktik fort. Sie wollen Arbeiter gegen Arbeiter hetzen, die gewerkschaftlichen Organisationen zerrüttern, um die werdende Proletarische Einheitsfront zu verhindern und die Arbeiterschaft mehrlos und gebunden dem Kapital auszuliefern. Die Stinnes-Pläne und all die arbeiterfeindlichen Sozialgesetze sollen unter Mitwirkung der USPD zur Wirklichkeit werden.

An der Klassenbewußten Arbeiterschaft liegt es, dieses freibühnliche Spiel zu durchkreuzen, unbeirrt den Aufmarsch zur einigen Kampffront gegen das Kapital zu vollziehen und trotz der Hetze der USPD-Presse den kämpfenden Ludwigshafener Arbeitern gegenüber Solidarität zu üben.

Verklärung des Kampfes in Ludwigshafen.

Entlassung des gesamten Arbeiterrates der Anilinwerke.

Ludwigshafen, den 1. Dezember 1922.

Der Arbeiterrat der Badischen Anilin- und Sodafabrik hat der Direktion, um zukünftig größere Produktionsstörungen und erheblichen Materialverlust zu vermeiden, das Angebot gemacht, zu den Notstandsarbeiten 300 Mann bereit zu stellen, die unter Kontrolle des Arbeiterrates die notwendigen Arbeiten auszuführen haben. Die Herrscher im Reiche der Chemie haben dieses Angebot abgelehnt und den gesamten Arbeiterrat entlassen. Die Notstandsarbeiten werden von Angestellten und Hilfsmeistern des Betriebes gemacht.

Am gestrigen Tage haben die am Streik beteiligten Gewerkschaften auf Veranlassung ihrer Organisationen stark besuchte Versammlung abgehalten. Die Metallarbeiterversammlung nahm folgenden Antrag an:

„Die Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Ludwigshafen, wird beauftragt, beim Hauptvorstand durchzusetzen, daß der Streik anerkannt wird. Mit der örtlichen Streikleitung ist sofort in Verbindung zu treten, um die Bewegung zu vereinheitlichen. Weiter wird die restlose Stilllegung aller noch arbeitenden Betriebe und die Finanzierung des Streiks durch den Hauptvorstand gefordert.“

Die Fabrikarbeiterversammlung nahm einstimmig eine Entscheidung an, die sich für den Streik bis zum siegreichen Ende ausspricht.

Eine Maschinen- und Heizerversammlung, in der sich nicht einmal die Ortsverwaltung zum Wort meldete, setzte sich einstimmig für den Streik und dessen Durchführung auf breiter Grundlage ein. Das Gleiche war in der Bauarbeiterversammlung zu bezeichnen.

In Birmasens ist ein Kontrollmitglied, Genosse Joseph Schmidt verhaftet worden.

Die Mannheimer Betriebsräte...

Eine vom Reuner-Ausschuß, Mannheim, einberufene Betriebsraterversammlung nahm am 30. November zum Streik in Ludwigshafen Stellung und brachte einmütig zum Ausdruck, daß alle Mittel angewandt werden müssen, um den Herrenstandpunkt der Unternehmer zu brechen. Darüber hinaus müsse der Kampf gegen Hunger und Verelendung in einheitlicher Front gewahrt werden. Die Betriebsräte verpflichten sich, für die aktivste Solidarität in den Betrieben zu wirken.

Solidarität der Elektrizitätsarbeiter.

Die Arbeiter des Elektrizitätswerkes Rheinau und des Murg-Werkes haben die Stromversorgung der Pfalz als Streikarbeit abgelehnt.

Französisch-deutscher Militärterror gegen Streikende.

Seit gestern abend ist das Kraftwerk Pfalzwerk, dessen Belegschaft sich im Streik befindet, auf Veranlassung der Rheinland Kommission von Polizei besetzt, welche die im Betriebe Notstandsarbeiten verrichtenden Leute am Verlassen des Betriebes hindert und zum Weiterarbeiten unter Drohung von sofortiger Verhaftung zwingt.

Streik und Aussperrung in Mitteldeutschland.

Die Direktion der Grube „Alwine“ in Brudorf entließ einen Betriebsrat, der als Delegierter auf dem Reichsbetriebsrat-Kongreß anwesend war, fristlos. Die Belegschaft trat daraufhin, nachdem auch die Verbandsleitung jede Hilfe abgelehnt hatte, geschlossen in den Streik.

Auch die Agfa-Filmfabrik in Wolfen hat einen Betriebsrat fristlos entlassen und unter starker polizeilicher Bedeckung aus dem Betrieb entfernen lassen. Der Fabrikarbeiter-Berband hat sich, entsprechend eines Beschlusses, nicht für den gemäßregelten Betriebsrat eingesezt. Die erbitterte Belegschaft von 3000 Mann beschloß daraufhin die Beitragsperre solange, als bis auch dem gemäßregelten Betriebsrat seine statutarischen Rechte wiedergegeben werden.

Aussperrungen im Stettiner Hafen.

Die Mannschaft eines Erdampfers verlangte für die Lötung des Dampfes im Stettiner Hafen einen Zuschlag von 125 Prozent auf die seitherigen, äußerst minimalen Löhne. Weil die Mannschaft dem Ultimatum der Reeder nicht nachkam, beschloß der Reederverein die Aussperrung sämtlicher Hafensarbeiter ab 1. Dezember 8 Uhr morgens.

Reparationsfragen — Schicksalsfragen.

Die Angelegenheit der Reparationsfrage ist wieder einmal in ein höchst kritisches Stadium gelangt. Man darf wohl ohne Übertreibung behaupten, daß es die weitest kritische Situation seit der Existenz dieser Frage überhaupt ist. Nicht als ob der imperialistische Heißhunger der französischen Kapitalisten in der letzten Zeit sonderlich gewachsen wäre. Dieser Appetit war schon von jeher so gewaltig, daß eine Steigerung kaum mehr denkbar wäre. Aber bisher standen der Befriedigung dieser imperialistischen Schlemmergelüste gewisse Hemmnisse im Wege. So oft der französische Moloch das Maul aufsperrte, um ein besonders großes Stück von der deutschen Beute zu verschlingen, stellte sich England in den Weg und gemahnte zur Mäßigkeit. Nur um der Preis kleinerer oder größerer Konzessionen an England (besonders in der Orientfrage), ließ es England geschehen, daß Frankreich seinen Nachgelüsten gegenüber Deutschland bis zu einem gewissen Grad freien Lauf ließ. In der Abwehr einer vollständigen Vernichtung Deutschlands stand bisher stets Italien an der Seite Englands.

Diese Hindernisse hat nun die Geschichte fast gänzlich aus dem Wege geräumt. Lloyd George, der „Protector“ Deutschlands, ist gänzlich eine politische Leiche.

internationalen Punkt eingebüßt. Nur die Guse-Franzreichs konnte es verhindern, daß die Niederlage, die England durch die Zerrütterung der griechischen Armee durch Kemal erlitten hat, noch katastrophalere Folgen für England zeitige, als sie schon jetzt zeitigt hat. Die jüngsten Ereignisse in Griechenland weisen auf einen fast beispiellos rapiden Zusammenbruch der britischen Machtstellung in der Weltpolitik hin. Nein, dieses England hat weder die Macht noch den Willen, die imperialistischen Pläne Frankreichs zu durchkreuzen. Aber auch mit der „Deutschfreundlichkeit“ Italiens ist es gründlich vorbei. Mussolini, dieser Bajazzo im Napoleontostium, hat aus dem italienischen Ministerium des Außenereinen Geschäftsladen gemacht, in welchem „Sympathien und Unterstützung“ Italiens en gros und en detail verkauft werden. Müstens freilich en detail, weil doch der Wert dieser Unterstützung in der Regel zu einem Handel en gros nicht ausreicht. Mussolini hat offen erklärt, daß er jeden gerne unterstütze, der in der Lage ist, sich durch eine Gegenleistung zu revanchieren. Da nun bei dem heutigen Stand der Dinge Frankreich Italien viel mehr bieten kann als Deutschland, verfolgt Mussolini eine brutal deutschfeindliche Politik.

Franreich ist allem Anschein nach entschlossen, diese für seine Politik so günstige internationale Situation voll auszunützen. Cuno, der neue Reichskanzler, hat in seiner „Programmrede“ bekanntlich erklärt, daß Deutschland wenigstens drei bis vier Jahre von allen Reparationszahlungen befreit werden müsse, um wieder reparationsleistungsfähig zu werden. Die Franzosen fassen das als einen Versuch Deutschlands auf, sich der weiteren Reparationszahlungen zu entziehen und sie haben nicht die geringste Lust, auf den deutschen Vorschlag einzugehen. Der „Temps“ schreibt, daß das gegenwärtig laufende Zeitmoratorium am 31. Dezember ablaufe und am 1. Januar daher wieder der Londoner Zahlungsplan in Kraft trete, nach welchem die Deutschen am 15. Januar 50 Millionen Goldmark zu zahlen haben. Frankreich sei entschlossen, kein Moratorium für diese Teilzahlung, die das ausgepowerte, valutarm Reich bei der österreichischen Krone angelangte Deutschland übrigens keineswegs aufbringen kann, zu gewähren, es sei denn, Deutschland biete entsprechende Pfänder. Als entsprechendes Pfand käme das Rheinland in Betracht, auf das die französischen Kapitalisten bekanntlich längst ein Auge geworfen haben, das sie schon wiederholt besetzen bezw. okkupieren wollten, und nur durch den energischen Einspruch der Engländer hieran gehindert wurden. Nun hält Frankreich die Zeit für gekommen, wo es seine schönsten Träume verwirklichen kann. Eine Havas-Meldung vom 18. November weiß bereits von einem Aktionsplan zu sprechen. Die Regierung erwägt die Einien der Politik, welche sie in

der Frage des Reparationsproblems einleiten will, und bereitet einen Aktionsplan vor, den Poincaré zweifellos den alliierten Ministern in der vor der Brüsseler Konferenz stattfindenden Zusammenkunft zur Genehmigung vorlegen wird. Neben dem Standpunkte, den Poincaré auf der letzten Londoner Konferenz dargelegt hat, wird es die französische Regierung nicht zulassen, daß Deutschland — und sei es auch nur teilweise — von seinen Verpflichtungen befreit werde, wenn es nicht Garantien gewährt, wie jeder gewöhnliche Schuldner. Es ist gewiß, daß sich die Alliierten durch Sachpfänder augenblickliche Einnahmen schaffen könnten und daß sie Deutschland so zur Zahlung zwingen würden, wozu es sich zur Lösung der ihm auferlegten Hypothek veranlaßt sähe. — Die Agence Havas fügt hinzu, es habe sich darum gehandelt, daß die Alliierten die Forderung der staatlichen Vergewerke im Ruhrgebiet in die Hand nehmen, was Poincaré bereits auf der Londoner Konferenz empfohlen hat.

Wenn die Franzosen Ernst machen wollen, so sind die Folgen davon in der inneren Politik Deutschlands gar nicht abzusehen. Das Schicksal der Cuno-Regierung wäre besiegelt. Sie hätte da — ohne es zu wollen — einen Rekord aufgestellt: Wozu alle früheren deutschen Regierungen bisher wenigstens ein paar Monate brauchen — nämlich zum Bankrott — das hätte die Cuno-Regierung damit in wenigen Tagen vollbracht. Sie hat allerdings dafür ein außerordentliches Vertrauen gewonnen: Das Vertrauen der „gesamten deutschen Nation“, vom deutschnationalen Lindendorff bis zum sozialdemokratischen Paul Levi. So viel, fast könnte man sagen: allzuviel Vertrauen mußte eben die politischen Früchte überraschend schnell zur Reife bringen. Mit dem Sturz Cunos wäre aber wieder das alte Problem in seiner ganzen schicksalsschweren Bedeutung aufgerollt: Diktatur der Masse oder Diktatur des Proletariats. Und wenn die Frage vielleicht fürs nächste auch eine andere, mildere Fassung — etwa große Koalition oder Arbeiterregierung — erhalten sollte, sie wird nicht von der Bildfläche verschwinden. Sie wird fortfahren, alles Geschehen der nächsten Wochen und Monate zu beherrschen und sie wird die sich bekämpfenden Klassen und politischen Parteien zwingen, zu ihr offen und eindeutig Stellung zu nehmen, sich für die eine oder die andere Lösung zu entscheiden.

Massenentlassungen und Aufhebung des Achtstundentages!

Das Kabinett Cuno hat große Eile, das Programm der Sparindustrie und der Großagrarier zu verwirklichen. Die Junker haben bis jetzt nur ein Viertel des Lieferjolls an Umlagegetreide abgeliefert, das Reichsernährungsministerium hat aber bis jetzt als einzige Gegenmaßnahme eine Streckung des Brotmehls mit Hartweizenmehl ins Auge gefaßt, also eine Verschlechterung des Markenbrottes des wichtigsten Nahrungsmittels der arbeitenden Massen. Dagegen geht das Reichspostministerium flott an die Reformen, wie sie Stinnes versteht. Neben der geplanten kollektiven Erhöhung der Tarife sollen jetzt Massenentlassungen von unteren Beamten vorgenommen werden neben Verlängerung der Arbeitszeit und unannehmbaren, unerträglichen Verschlechterungen im Dienstverhältnis für das verbleibende Personal.

Im Reichspostministerium fand dieser Tage ein Aussprache mit dem Verkehrsbeirat über die „Sanierung“ des Betriebes statt. Der Vertrauensmann und Parteifreund des bayerischen Volkspartei-ners und Postministers Stinngl, Geheimrat Feld, entwickelte sein Programm, dessen hauptsächlichste Punkte sind:

„Durchführung des Gesamtstandes des Personals auf den Stand von 1917.“

Maßnahmen zur Wiederherstellung der Dienstleistungen und des Beschäftigungsgrades des Personals wie sie im Frieden bestanden haben.

Überzähliges Personal ist in geringwertigeren Diensten zu verwenden: Neuanstellungen sind zu unterlassen.

Erlass des schematischen Achtstundentages durch den Achtstundenarbeitsvertrag und Übernahme der Dienstaußenverordnungen der Reichsbahn auf die Reichspost.

Übergang von der Entlohnung nach Zeit zur Vergütung und Leistung. Einführung von Akkord und Prämien.

Beförderung nach Tüchtigkeit. Auslese besonders tüchtiger Beamten für wichtige Posten.

Die Einführung der Pauschalabzüge im Personalantrag.

Für Hebung der Leistungsfähigkeit wurden künftig mit den Angestellten nur Tarifverträge abgeschlossen werden, in denen statt des schematischen Achtstundentages die 4-stündige Arbeitszeit zugrunde gelegt werde.“

Dieses Programm bedeutet die Ausdehnung der „Dienstaußenverordnungen“ der Reichsbahn auf den Postbetrieb, also Aufhebung des Achtstundentages für die Postbeamten und Postarbeiter. Die Akkordarbeit soll noch mehr ausgedehnt werden und an der Entlohnung sollen Abzüge vorgenommen werden. Durch eine so projektierte, allerdings rein unmögliche verschärfte Ausbeutung des unteren, also des produktivsten Personals sollen Massenentlassungen eben aus den Reihen dieser Kategorien vorgenommen werden. Daneben soll die alte Personalpolitik aus der wilhelminischen Zeit wieder auferstehen, wo unter der Maske der Beförderung nach Tüchtigkeit der reaktionäre Müßiggang der höheren Beamten vernebelt und als Antreiber dem produktiv überlebenden unteren Personal entgegengestellt werden soll.

Die Postbeamten und -arbeiter müssen zur Abwehr rufen und ihre Organisationsleistungen zwingen, gegen ein derartiges „Sparprogramm“ der Cuno-Regierung den stärksten Kampf zu eröffnen.

Doch was die Postarbeiter treffen soll, soll der gesamten Arbeiterschaft ebenfalls aufgezwungen werden. Das gesamte Proletariat muß daher ohne Zögern zum Kampf um das Programm der Arbeiterschaft vorgehen, wie es enthalten ist in den Forderungen des Reichsbetriebsratkongresses und in den verschiedenen Punkten des UDB.

Kapitän Ehrhardt verhaftet.

W. B. M ü n c h e n , 1. Dezember.

Korvettenkapitän Ehrhardt wurde gestern Abend in München verhaftet und auf Anordnung des Reichsgerichts noch am selben Abend 7,30 Uhr nach Leipzig transportiert. Gegen Ehrhardt war bekanntlich wegen Teilnahme am Kapp-Putsch Haftbefehl erlassen. Ehrhardt befand sich seit einigen Tagen in München, wo sich auch ein Reichsgerichtsrat befand, um Erhebungen anzustellen.

Der Verhaftung des Oberstleutnants und Oberleutnants Ehrhardt, dessen organisierte Banden auch seit Jahr und Tag in Oberschlesien ihr Unwesen treiben,

hätte schon längst vorgenommen werden können, wenn man nicht Furcht vor Bayern gehabt hätte. Seit Jahren gingen immer wieder Meldungen durch die Presse, die darauf hinwiesen, daß sich Ehrhardt ungestört und unter dem Schutz der bayerischen Behörden in München aufhalte, obwohl er seit dem Kapp-Putsch flechtbrieflich verfolgt wurde. Erst vor Wochen, als nach dem Siege des Faschismus in Italien auch die bayerischen Nationalsozialisten einen Putsch beabsichtigten — der aber dann von den vorsichtigeren Reaktionen noch verschoben wurde — war Ehrhardt in München erschienen, um beim Loschlagen dabei zu sein und offenbar die Führung zu übernehmen.

Mit Ehrhardt ist der gefährlichste Führer der deutschen Reaktion endlich hinter Schloß und Riegel gesetzt. Seine Rolle beim Kapp-Putsch ist noch in zu frischer Erinnerung, als daß wir ausführlich heute darauf eingehen müßten. Er war es, der an der Spitze seiner Brigade in Berlin einrückte und die Reichskanzlei besetzte. Er war es, der dann unter Bruch seines Ehrenwortes der von ihm mit Recht verachteten schwachen Republik ein Schnippen schlug und sich ins Ausland begab. Seitdem war Ehrhardt die Seele der gesamten Weidreaktion in Deutschland, die er von Budapest und München, manchmal vielleicht auch von Salzburg aus, leitete. Die Organisation Conful, die er ins Leben rief und die er leitete, veranstaltete die Morde auf Erzberger, den bayerischen Abgeordneten Garis und Rathenau. Der Einfluß der von Ehrhardt geleiteten Organisationen trieb die bayerische Reaktion immer weiter vorwärts, und Ehrhardts Plan war es, eine neue schwarz-gelbe Donauföderation unter einem Königtum der Wittelsbacher zu begründen. Für seine konterrevolutionären Pläne standen dem Banditen Geldmittel genug zur Verfügung. Die Nachrichten über die Ehrhardt-Band in Budapest, die seinerzeit durch die Presse gingen, beleuchteten die finanziellen Machenschaften, durch die sich die Reaktion die nötigen Mittel verschaffte.

Wenn der Staatsgerichtshof seine Pflicht tut, dann ist Ehrhardt nicht nur als Leiter des Kapp-Putsches, sondern auch als der wirklich Schuldige an den Mordtaten zu bestrafen, die auf seine Veranlassung hin von jungen Wirrköpfen begangen wurden. Würde der bürgerlich-demokratische Staatsgerichtshof auch in diesem Falle wieder versagen, so würde der Prozeß Ehrhardt nur eine neue katastrophale Niederlage der Republik bedeuten.

Die Unschädlichmachung der Nationalsozialisten und der übrigen reaktionären Organisationen bleibt weiter die Aufgabe der Arbeiterschaft.

Die jetzigen Nachhahrer, die ihr Ziel auf unblutige Weise erreichen, haben Ehrhardt nicht deshalb verhaftet, weil er für das Proletariat ein äußerst gefährlicher Bursche ist — sondern weil er unter Umständen auch einem Teil der Bourgeoisie gefährlich werden konnte.

Die Münchener Nationalsozialisten.

W. B. M ü n c h e n , 1. Dezember.

Die Münchener Nationalsozialisten hatten im Laufe des gestrigen Tages durch massenhafte Verbreitung von Tausenden von Flugblättern die Bevölkerung zur Teilnahme an fünf großen Versammlungen am gestrigen Abend aufgerufen. Mehrere Flugblattverteiler wurden polizeilich vorgeführt. Die Versammlungen am Abend waren derart stark besetzt, daß sie schon lange vor Beginn polizeilich geschlossen wurden und eine letzte Versammlung abgehalten werden mußte. Es sprachen in den Versammlungen Redner aus Deutschland, Oesterreich und der Tschechoslowakei und in allen Versammlungen nahm auch kurz der Parteiführer Hitler das Wort.

Gefährdete Brotversorgung

und Kampf gegen die Kontrollausschüsse.

Das Umlagegetreide ist bisher nur ein Viertel des Lieferjolls abgeliefert worden. Die Großagrarier sabotieren mit allen Mitteln die Getreideablieferung. Bereits ist vom Reichsernährungsministerium beabsichtigt, das Brotgetreide um etwa 10 Prozent mit Kartoffelmehl zu streuen. Der vorhandene Vorrat an Getreide reicht höchstens bis zum Januar.

In dieser Situation treibt Herr Sebering nunmehr seinen Kampf gegen die Kontrollausschüsse. Bei der Besprechung des oberpreussischen Oberpräsidenten, die gestern stattfand, wurde, wie der „Vorwärts“ meldet, „zum Ausdruck gebracht, daß Kontrollausschüsse nirgends eubaldet werden sollten.“

Herr Sebering, Minister der großen Koalition, weiß, was er der Bourgeoisie schuldig ist. In einer Situation,

die das Eingreifen der Arbeiter durch Kontrollausschüsse mehr als dringend verlangt, trumst er scharfmacherisch auf. Die breiten Massen werden sich dadurch nicht irremachen lassen. Die Kontrollausschüsse sind eine Lebensnotwendigkeit im Kampf gegen die Sabotage der Junker und gegen den Wucher. Wenn hinter den Kontrollausschüssen der entschlossene Wille der Arbeiter steht, dann werden auch Herrn Sebering die starken Löhne und Lizenzen nichts nützen. Die Arbeiterschaft ist mit Kaiser Wilhelm fertig geworden, sie wird auch mit den Sebering fertig werden.

Scheidemann hat keine Zeit.

Die „Bergische Volksstimme“ schreibt:

„Die Delegation der Betriebsräte, die in den Wandhallen des Reichstages wartete, ob einer ihrer hochgestellten Genossen doch eine Audienz gewähren könnte, traf Scheidemann im Gespräch mit einem bekannten deutschnationalen. Die Herren unterhielten sich gerade über die Stellung der rechtsstehenden Presse, denn die „Deutsche Tageszeitung“, die „Kreuzzeitung“ und die „Deutsche Zeitung“ wurden mit lässiger Geistesdurchbläuter. Da trafen die Betriebsräte an Herrn Scheidemann heran. Scheidemann sah zuerst erschrocken auf, als da einige Männer aus dem Volke vor ihm standen. Er suchte zusammen (vielleicht dachte er an die Blausäurespritze), sagte sich aber schnell und musterte seine Genossen vom Fuß bis zum Kopfe. Noch einmal machte er eine Geste des Erwiderns, dann schüttelt er energisch den Kopf und sagte kurz angebunden: Ich habe jetzt keine Zeit, keine Zeit für Euch, Ihr seht doch.“

Zeichen der Zeit.

Vor dem Hungertypus.

Aus Solingen wird gemeldet: Um im Hinblick auf die Not des kommenden Winters für alle Fälle gerüstet zu sein, läßt die Stadt die während des Krieges benutzte große Volkskücheneinrichtung im Schlachthofe wieder instand setzen, was einen Kostenaufwand von 5 Millionen Mark erfordert. Es wird dadurch die Möglichkeit gegeben, daß unter Umständen alle Minderbemittelten aus der Volksküche versorgt werden können.

Der Hungertypus in Thüringen.

In Klosterlausitz ist der Typhus ausgebrochen und hat sich rasch auch auf die Ortschaften Hermisdorf, Weiskorn u. a. ausgebreitet. Durch das Zusammenleben größerer Arbeitermassen in den Fabrikbetrieben droht die Krankheit rasch weitere Ausdehnung zu nehmen. Der Gemeindevorstand von Klosterlausitz hat Schutzmaßnahmen vorgeesehen, die aber auf die Dauer wenig nützen werden. Der wirksamste Schutz gegen den Typhus ist der Kampf gegen den Hunger. Deshalb Arbeiter, bildet Kontrollausschüsse und zwingt die sozialdemokratische Regierung, daß sie sich an die Spitze des Abwehrkampfes stellt und die Kontrollausschüsse anerkennt. Fordert Verbilligung der Lebensmittel!

Kulturland als Exerzierplatz.

Eine Reihe deutschnationaler Abgeordneter richten an die Reichsregierung die Anfrage, was sie zu tun gedenke gegen die Beschlagnahme von 250 Morgen des wertvollsten Kulturlandes zur Errichtung einer Kasernenanlage und eines Exerzierplatzes durch die französische Besatzungsarmee in Neustadt an der Haardt. Wir möchten hinzufügen, daß für derartige Zwecke auch für deutsches Geereswesen noch ganz gewaltige Flächenkomplexe von gutem Boden verwendet werden und damit der Volksernährung entzogen. Ist die Reichsregierung bereit, dieses Land zur Erzeugung von Nahrungsmitteln verwenden zu lassen?

1000 Zentner Kartoffeln erfroren!

Uns geht die unglaubliche Meldung zu, daß auf dem Gute Marienwerder bei Hannover etwa 1000 Ztr. Kartoffeln erfroren sind. Dieselben wurden nach Hameln verladen, um dort zu Sprit verarbeitet zu werden. Das Gut Marienwerder ist städtisches Eigentum und wird in eigener Wirtschaft verwaltet. Sollte diese Möglichkeit des Erfrierens der Kartoffeln nicht verbrecherischem Leichtsinne entsprungen sein, so bleibt nur die Annahme über, mit voller Absicht sie erfrieren zu lassen, um sie den Spritfabrikanten zuzuführen. Der Vorfall beweist wieder einmal aufs dringlichste die Notwendigkeit einer durch die Arbeiterschaft ausgeübten Kontrolle. Ähnliche Vorfälle können auch im Mannheimer Gasengebiet beobachtet werden, woselbst tagelang Waggons Kartoffeln stehen und beim Ausladen die Hälfte davon erfroren ist.

Rücksichtsloses Durchgreifen hätte ohne Zweifel den Verderb dieses wichtigen Lebensmittels verhindert und dem Verbrauch rechtzeitig zugeführt, sei es auf Kartoffeln angewiesene städtische Betriebe oder minderbemittelte Familien.

Das Großkapital gegen Stabilisierung.

Mit erhöhtem Eifer setzt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Organ des Herren Stinnes, den Kampf gegen die Stabilisierung der Mark fort. Die Stabilisierung der Mark unter Hergabe des Goldes der Reichsbank sei ein gefährliches Experiment. Die Stabilisierung müsse schwere Folgen nach sich ziehen.

Dem mit dem Augenblick wo tatsächlich eine Stabilisierung der Mark eintreten würde, schwindet für Stinnes die Möglichkeit, die hohen Ausfußgewinne einzuheimsen, die sich noch eben aus der Differenz zwischen Inland- und Weltmarktpreisen.

Fünf Jahre Russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution.

Rede des Genossen Lenin auf dem 4. Weltkongress der Kommunistischen Internationale.

(Fortsetzung.)

Im Jahre 1921 dauerte die Periode der Stabilisierung des Papierrubels weniger als drei Monate, im Jahre 1922, also im gegenwärtigen Jahre, obwohl es noch nicht zu Ende ist, dauerte diese Periode schon mehr als fünf Monate. Ich glaube, dies genügt schon. Diese Ziffern, die ich mitgeteilt habe, beweisen, daß wir seit dem vorigen Jahre, wo wir am Beginn unserer Neuen Ökonomischen Politik standen, bis heute schon gelernt haben, vorwärts zu gehen. Wenn wir das gelernt haben, dann bin ich sicher, daß wir, wenn wir nicht eine spezielle Dummheit machen, auch weiter lernen werden, auf diesem Wege weitere Fortschritte zu machen. Obwohl wir also unsere ökonomische Tätigkeit jetzt erst systematisch und mit Ueberlegung beginnen können und doch schon fertig gebracht haben, daß die Periode der Stabilisierung des Papierrubels von drei auf fünf Monate gestiegen ist, so glaube ich sagen zu dürfen, daß wir damit zufrieden sein können. Denn wir stehen allein. Wir bekommen und bekommen keine Anleihen, kein einziger von diesen berühmten kapitalistischen Staaten, die ihre kapitalistische Wirtschaft so gut einrichten, daß sie jetzt noch nicht wissen, wohin, hilft uns. Mit dem Versailler Frieden haben sie ein finanzielles System geschaffen, das sie selbst nicht verstehen. Wenn diese berühmten kapitalistischen Staaten so wirtschaften, dann glaube ich, daß wir, die Zurückgebliebenen, die Ungebildeten, damit schon zufrieden sein können, daß wir das Wichtigste, die Stabilisierung des Rubels verstanden haben. Und das beweist nicht irgend welche theoretische Diskussion, sondern das beweist die Praxis.

Jetzt gehe ich über zu unseren sozialen Schichten. Das Wichtigste ist natürlich

die Bauernschaft.

Im Jahre 1921 herrschte Unzufriedenheit bei der großen Masse der Bauern. Hiernach haben wir den Hunger gehabt, und das bedeutete für die Bauernschaft die schwerste Prüfung. Natürlich schrie damals das ganze Ausland: Ja, sehen Sie, das ist das Resultat der sozialistischen Ökonomik. Natürlich schrien sie, der Hunger sei das ungeheure Resultat des Bürgerkrieges. All die Gutsbesitzer und die Bourgeois, die uns im Jahre 1918 angegriffen haben, stellten die Sache so dar, daß der Hunger das Resultat der sozialistischen Ökonomik sei. Wie steht die Sache nach diesem ungewöhnlichen und unerwarteten Unglück? Ich sage mir, die Antwort liegt ganz klar vor aller Augen, nämlich, daß die Bauernschaft in einem Jahre nicht nur mit dem Hunger fertig geworden ist, sondern auch

die Naturalsteuer

so eingebracht hat, daß wir schon jetzt Hunderte von Millionen Rubel bekommen haben, und zwar fast ohne Anwendung von Gewaltmitteln. Die Bauernaufstände, die bis zum Jahre 1921 das allgemeine Bild in Rußland darstellten, sind fast vollständig verschwunden. Daß die Bauern mit ihrem jetzigen Zustande zufrieden sind, das können wir getrost behaupten, und wir glauben, solche Beweise sind viel wichtiger als irgend welche statistischen Beweise. Die Bauernschaft befindet sich jetzt in einem Zustande, daß wir irgendwelche Bewegungen gegen uns nicht zu erwarten haben. Die Bauernschaft kann gegen unsere Macht irgendwelche Unzufriedenheiten und Beschwerden haben, das ist natürlich möglich, aber jedenfalls eine ernst zu nehmende Unzufriedenheit der ganzen Bauernschaft gegen uns ist ausgeschlossen.

Schlesische Rundschau.

Genosse Ernst Kraft

hat uns mitgeteilt, daß er an unsere Genossen und Genossinnen in Langenbielau ein Schreiben gesandt hat, in dem er für die übermittelten Lebensmittel dankt. Wie wir erfahren, hat der Richter das Schreiben beschlagnahmt, weil es aufreizend sei.

Hoffentlich hat das Gericht den Brief unseres Genossen gut hinter Eisentüren aufbewahrt, damit er nach seiner Beschlagnahme die Republik nicht mehr gefährdet.

Alle Genossen im Landkreis Oppeln

die keiner Ortsgruppe der Partei am eigenen Wohnort angehören, werden hierdurch aufgefordert, ihre Adresse sofort der Kreisleitung Oppeln, Kob. Libor, Marktstraße schriftlich mitzuteilen. Ortsgruppen und Einzelgenossen im Landkreis Oppeln die einen Referenten für Mitglieder- oder Gründungsversammlungen wünschen, müssen rechtzeitig bei der Kreisleitung Oppeln (Robert Libor) ihren Antrag stellen, desgleichen sind die Plakate rechtzeitig für diese Versammlungen anzufordern.

Die Kohlenpreiserhöhungen, eine Folge des Materialwuchers.

Die Grubenbarone in Schlesien, Sachsen und Rheinland-Westfalen haben wieder einmal die Kohlenpreise in die Höhe geschraubt. Nach bürgerlichen Preismeldungen sind die Preise pro Tonne wie folgt erhöht worden:

für rheinisch-westfälische Fettsäurekohle 5752 Mark, für Sachsen durchschnittlich 8149 Mark, für Niederschlesien 7318 Mark, für Aachen-Schweizer 6478 Mark, für Aachen-Nordstern 7595 Mark, für Niedersachsen-Barsinghausen 7327 Mark, für Ibbenbüren 6708 Mark, für rheinische Braunkohle 919,50 Mark und Britteits 3264 Mark, Mittelsachsen für Braunkohle 1275,30 Mark und Britteits 5558 Mark.

Was

die leichte Industrie

betrifft, so kann ich ganz getrost sagen: Hier ist ein allgemeiner Aufschwung zu verzeichnen. Wir haben einen allgemeinen Aufschwung der leichten Industrie zu verzeichnen und im Zusammenhange damit steht die klare Besserung der Lage der Arbeiter sowohl in Petersburg als auch in Moskau. In anderen Distrikten weniger, weil wir dort schon die schwere Industrie vorherrschend sehen, und da muß man anders sprechen.

Die dritte Frage ist

die Schwerindustrie.

Hier muß ich sagen, daß die Lage immer noch schwer ist. Ein leichter Aufschwung ist im Jahre 1921 bis 1922 eingetreten. Wir können also hoffen, daß es in nächster Zukunft besser werden wird. Die Mittel dazu haben wir teilweise gesammelt. In einem kapitalistischen Lande würde die Besserung der Lage der Schwerindustrie unbedingt eine Anleihe von hundert Millionen erfordern. Anders wäre eine Besserung nicht möglich. Wir haben diese Anleihen nicht gehabt, wir haben nichts bekommen. Was man bis jetzt über die Konzeptionen und anderes schreibt, das ist nichts als Papier. Trotzdem sehen wir schon einen sehr bescheidenen Anfang, und weiter sehen wir, daß unsere Handelsstätigkeit uns schon ein gewisses Kapital, etwa 20 Millionen Goldrubel, gebracht hat. Jedenfalls der Anfang ist da. Unsere Handelsstätigkeit gibt uns Mittel, die wir zur Besserung der Schwerindustrie gebrauchen. Das ist noch Zukunftsmusik. Jetzt ist unsere schwere Industrie in einer sehr schweren Lage. Aber ich glaube, dieser Umstand hat doch die entscheidende Bedeutung, nämlich, daß wir schon in Stande sind, etwas zu sparen, und wir werden das tun. Das wird sehr oft auf Kosten der Bevölkerung geschehen. Wir arbeiten daran, unseren Staatshaushalt, unseren Staatsapparat zu verringern. Ueber den Staatsapparat werde ich noch später einige Worte sagen. Wir wissen, daß ohne die Wiederherstellung der schweren Industrie wir keine Industrie haben. Wir sind überhaupt ohne sie als selbständiges Land verloren, das wissen wir. Die einzige Rettung für Rußland ist nicht nur die gute Ernte für die Bauern, nicht nur der gute Zustand der leichten Industrie. Wir brauchen noch die schwere Industrie. Dazu braucht man mehrere Dezennien Arbeit, um sie in einen guten Zustand zu setzen. Wenn wir die Schwerindustrie nicht haben, dann sind wir als zivilisiertes Land — ich will gar nicht einmal vom sozialistischen Lande sprechen — zugrunde gegangen. Und in dieser Hinsicht haben wir den entscheidenden Schritt gemacht. Der Beginn in diesem Jahre ist noch sehr klein. Die Summe, die wir schon gesammelt haben, ist noch weniger als 20 000 000 Goldrubel.

Im allgemeinen glaube ich jetzt daraus den Schluß ziehen zu können, daß die Neue Ökonomische Politik uns jetzt schon ein Plus gegeben hat. Jetzt schon ist der Beweis geliefert, daß wir in Stande sind, als Staat Handel zu treiben, die festeste Position der Landwirtschaft und der Industrie zu behalten und vorwärts zu gehen. Das ist bewiesen durch die praktische Tätigkeit.

Fünf Jahre haben wir unsere Macht behalten und zwar fast alle fünf Jahre im Kriege. Das ist verständlich, weil die Bauernschaft im allgemeinen für uns war. Sie verstand, daß hinter den Weissen der Gutsbesitzer steht, den sie mehr hassen als alles in der Welt. Aber das war nur sehr wenig, denn das bedarf ja eigentlich nur die Frage, ob die Macht in den Händen der Gutsbesitzer oder der Bauern sein sollte. Für uns ist das

noch zu wenig. Sie verstehen, daß wir die Macht für die Arbeiter genommen haben und daß wir das Ziel haben, die sozialistische Ordnung mit Hilfe dieser Macht auszuführen. Daher bestand die wichtigste Frage für uns in der ökonomischen

Vorbereitung der sozialistischen Wirtschaft.

Diese konnten wir nicht auf direktem Wege vorbereiten, sondern wir mußten es auf indirektem Wege tun. Der Staatskapitalismus, den wir geschaffen haben, ist ein eigenartiger Staatskapitalismus, er entspricht nicht dem gewöhnlichen Begriff des Staatskapitalismus. Wir haben in unseren Händen alle Kommandohöhen, wir haben den Grund und Boden, er gehört dem Staate. Das ist sehr wichtig, wenn auch die Gegner die Sache so darstellen, als ob das nichts bedeute. Das ist aber falsch. Daß der Grund und Boden dem Staate gehört, ist sehr wichtig, und hat auch große praktische Bedeutung, auch im Sinne der wirtschaftlichen Tätigkeit. Wir haben schon erreicht, daß die Bauernschaft bei uns zufrieden ist, daß sich die Industrie und der Handel heben. Unser Staatskapitalismus unterscheidet sich von dem anderen, buchstäblich zu verstehenden Staatskapitalismus dadurch, daß wir nicht nur Grund und Boden in den Händen des proletarischen Staates haben, sondern auch alle wichtigsten Teile der Industrie. Nur kleine Teile, meistens kleine und mittlere Industrie, haben wir in Pacht gegeben, alles andere bleibt in unseren Händen. Bezüglich des Handels möchte ich noch betonen, daß wir gemischte Gesellschaften zu gründen trachten und schon gegründet haben, das heißt Gesellschaften, wo ein Teil des Kapitals Privatkapitalisten und zwar ausländischen, gehört und der andere Teil uns. Erstens lernen wir dadurch und das haben wir nötig, Handel zu treiben und zweitens haben wir ja immer die Möglichkeit, die Gesellschaft wieder aufzulösen, so daß wir sozusagen nichts riskieren. Es ist unzweifelhaft, daß wir eine enorme Anzahl von Dummheiten gemacht haben und noch machen werden. Niemand kann das besser beurteilen und anschaulicher zeigen als ich (Heiterkeit). Warum machen wir diese Dummheiten? Das ist verständlich: 1. sind wir ein zurückgebliebenes Land; 2. ist die Bildung minimal und 3. sind wir ohne Hilfe. Kein zivilisierter Staat hilft uns; im Gegenteil, sie arbeiten alle gegen uns; 4. besteht die Frage des Staatsapparates. Wir haben

den alten Staatsapparat

übernommen. Aber das war unser Unglück. Im Jahre 1917, nachdem wir die Macht an uns gerissen hatten, labiierte uns der Staatsapparat. Da haben wir geschrieben: bitte sehr, kommen sie zu uns zurück, da sind alle zurückgekommen. Und das war unser Unglück. Tatsächlich geschieht es sehr oft, daß oben, wo wir die Staatsmacht haben, zwar der Apparat funktioniert, aber unten verfügen sie eigenmächtig und verfügen so, daß sie gegen unsere Maßregeln arbeiten. Hier können wir in kurzer Zeit nichts machen, das ist ganz sicher. Hier müssen wir mehrere Jahre arbeiten, um den Apparat zu vervollständigen und neue Kräfte heranzuziehen. Wir machen das in ziemlich schnellem Tempo, vielleicht in zu schnellem Tempo. Semjerschulen, Arbeiterfakultäten sind gegründet, mehrere Hunderttausende von jungen Leuten lernen, lernen vielleicht zu schnell. Wenn wir nicht zu schnell arbeiten, dann werden wir in einigen Jahren eine Masse von jungen Leuten bekommen, die in Stande sein werden, den Apparat von Grund auf zu verändern.

(Wegen Raumangel erscheint der Schluß dieses Artikels in der nächsten Nummer.)

Die Kapitalisten haben also wieder einmal ihren Profit gesichert, während die Bergarbeiter, welche die schwarzen Diamanten fördern, von Tag zu Tag mehr verelenden. Während die kapitalistische Presse sich früher beiläufig, die dauernden Kohlenpreiserhöhungen auf die angeblich gestiegenen Löhne zurückzuführen, muß sie jetzt eingestehen, daß nicht die Lohnerhöhungen in erster Linie, sondern vor allen Dingen die gestiegenen Holz- und Materialpreise schuld an der Kohlenpreiserhöhung sind.

Die „Schlesische Zeitung“ bemerkt in Nr. 362 zu der Mitteilung über die gestiegenen Kohlenpreise folgendes:

Das Ausmaß der Preiserhöhungen wurde nach den beigebrachten Unterlagen wesentlich mehr durch die Steigerung der Holz- und Materialpreise als der Löhne verursacht. Nach eingehender Erörterung, in der von allen Seiten die ernste Sorge über die Wirkung dieser neuen starken Kohlenpreiserhöhung Ausdruck fand, erfolgte die Zustimmung schließlich gegen die Stimme eines Arbeitnehmers und der Kohlenverbraucher.

An dem Holz- und anderen Materialwucher sind natürlich meist dieselben Kapitalisten und Aktionäre beteiligt, die auch Grubenaktien besitzen, und die heuchlerische Entrüstung über den Holzwucher — nämlich über den eigenen Wucher — soll nur dazu dienen, einerseits den Verbrauchern an Kohle, andererseits den Grubenproletariern Sand in die Augen zu streuen. Jedenfalls ist das Eingeständnis der „Schles. Zeitung“, daß diesmal nicht die Löhne, sondern der Materialwucher die Kohlenpreiserhöhung bewirkt hat, interessant und verdient festgehalten zu werden.

Sorgt für die Hungernden Rußlands!

Gewerkschaftsbewegung.

Erpressungsversuche gegenüber Breslauer Angestellten.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben:

„Durch die Tagespresse ging kürzlich ein Aufruf der Handelskammer, in dem zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Arbeitergehilfen bisher leider nur sehr geringe Beträge gezahlt hat. Dieser Mißerfolg hat anheimelnd den Herrn Oberbürgermeisterveranlaßt, eine größere Anzahl von Fabrikanten größerer Firmen zusammenzubereuen und mit ihnen zu beraten, wie der Uebelstand beseitigt werden kann. Der Erfolg der Zusammenkunft ist der, daß in einer Reihe von Firmen die Angestellten zum Teil unter unzulässigem Druck angehalten werden, auf eine gewisse Prozentsatz ihres Einkommens zu verzichten. Wir haben keine Veranlassung, der Liebestätigkeit der Angestellten etwa hindernd in den Weg zu treten. Als Beweis dafür mag dienen, daß allein die Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten in ganz kurzer Zeit rund eine Viertelmillion auf die Aktien „Brüder in Rot“ gezeichnet haben, obwohl ja die Hälfte der Listen noch ausstehen. Bemerkenswert ist jedoch, daß wir uns mit dem offenbar von dem Herrn Oberbürgermeister angerathenen Vorgehen der Firmen keineswegs einverstanden erklären können. Einmal kann der Erfolg, der dabei herauskommt, da er nur wenige Firmen betrifft, keineswegs der gewünschte sein, zweitens haben authentische Arbeitgeber uns gegenüber die Einziehung einer derartigen Sozialsteuer von ihrer gesamten Belegschaft und auch von einzelnen Teilen rundweg abgelehnt. Es geht nicht an, daß man lediglich bestimmte Schichten für einen solchen Zweck heranzieht, der nur dazu durchgeführt werden kann, wenn alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber daran beteiligt werden. Dazu kommt noch, wie oben gesagt, daß die kaufmännischen Angestellten ihren Verpflichtungen in freiwilligen Sammlungen nachgekommen sind. Wir müssen unter allen Umständen Wert darauf legen und auch den Herrn Oberbürgermeister darum ersuchen, daß solche Vereinbarungen nur zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Organisationen getroffen werden können. Wenn eine solche Vereinbarung zustande käme, was wir, nachdem sämtliche Löhne der Angestellten von Arbeitgeberseite gekürzt worden sind, stark bezweifeln, dann müßten wir unter allen Umständen verlangen, daß uns bei der Verteilung der Mittel ein maßgebender Einfluß gesichert bleibt.“

Generalversammlung der Metallarbeiter Breslaus.

Die statutenmäßig alljährlich bedimante Generalversammlung der Metallarbeiter fand am Donnerstag im Gewerkschaftshause statt. Die Tagesordnung sah vor: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung und Kartelldelegierten. 3. Verschiedenes.

Den Geschäftsbericht gab Kollege W r i s c h. Seine Ausführungen waren ein Loblied auf die segensreiche Tätigkeit der Ortsverwaltung, und die damit verbundene schwere Arbeit. Die Lohnmispolitik unterstrich er besonders. Er führte den Kollegen vor Augen, welche enorme Höhe die Löhne erreicht haben. Die Meinung der Kollegenschaft kam in der Aussprache zur Geltung zum Ausdruck. Als Hauptredner der Opposition sprach Kollege K e s s e l m a n n. Er unterzog die Tätigkeit der Ortsverwaltung einer eingehenden Kritik, nahm die Gewerkschaftsstatistik von Grund auf stark unter die Lupe und stellte unter Beifall der Versammlung den Geschäftsbericht als das hin, was er ist, nämlich trocken und kläglich. Obwohl von der Zeitung versucht wurde, den Redner am Weiterreden zu hindern, beauftragte die Versammlung den Kollegen unbeirrt seine Ausführungen zu Ende zu führen.

Im allgemeinen zeigte die Versammlung, daß die Ortsverwaltung auf sehr schwachen Füßen steht. So kam es auch, daß mit Erledigung des ersten Punktes der Abend verstrichen war, und die Versammlung vertagt wurde. Der 2. Punkt Wahlen kommt somit in der demnächst stattfindenden Fortsetzungssammlung als 1. Punkt zur Erledigung. Für die Kollegen der Opposition heißt es alles zu tun, damit die nächste Versammlung ein voller Erfolg wird.

Die Bürokraten im D. B. V. provozieren.

Wegen seiner Teilnahme am Betriebsrätekongreß wurde der Betriebsrat Genosse S o m s c h, der von den Weißsteiner Gruben zum Kongreß delegiert war, aus dem Bergarbeiter-Verband ausgeschlossen. Wie wir hören, erhob die Belegschaft der Weißsteiner Gruben gegen dieses Vorgehen des Hauptvorstandes des Bergarbeiterverbandes scharfen Protest. Auch die Belegschaft der Schlesiens Kohlen- und Holzwerke wird zu dieser Provokation Stellung nehmen. Auf keinen Fall dürfen sich die Bergarbeiter diesen Schlag gefallen lassen. Sinnmäßig müssen sie zusammen stehen hinter der Forderung zur Zurücknahme der Provokation, Wiederaufnahme des Ausgeschlossenen.

Lohnverhandlungen in der Schuhindustrie.

Die am Mittwoch, den 29. 11. 22 stattgefundenen Lohnverhandlungen in Frankfurt a. M. zeitigte folgendes Ergebnis: Ab 1. bis 15. Dezember zu dem Grundlohn von 16 Mark ein prozentualer Zuschlag von 107,5%, und ein fester Stundenzuschlag von 64 Mk. für jede geleistete Arbeitsstunde. Das ergibt ein Mindestzeitlohn von 252 Mk. Im Akkordmindestlohn 275,50. Ab 16. bis 31. Dezember Zeitmindestlohn 300 Mk. und Akkordmindestlohn 329,50 Mk. Diese Löhne verstehen sich für alle männlichen Arbeiter über 21 Jahre in Ortsklasse I. Im übrigen gestaffelt. Die Verhandlungen waren schwierig, weil nahezu 50% der Arbeiter in verkürzter Arbeitszeit stehen.

Lotales.

Kommunistischer Hilfsdienst.

Für Montag den 4. 12. kommen folgende Genossen zum Subkomm: Hantsch, Weidner, Wójcisz, Weigel, Preiß, Grimm, Sitana, Kijakowski und Reichelt.

Für Dienstag, den 5. 12. sind folgende Genossen vorgemerkt: Langner, Jädel, Kist, Klose, Langner, Glawen, Orner, Baranich, Marfas und die Genossinnen Marie Reumann und Marg. Dorenberg.

Quittung.

Für den Umbau sind folgende Beträge als Quittung zur Abholung des kommunistischen Hilfsdienstes eingegangen:

H. H.	200.—	Mk.
H. H.	200.—	"
K. K.	100.—	"
M. M.	100.—	"
N. N.	100.—	"
O. O.	100.—	"
P. P.	100.—	"
Q. Q.	100.—	"
R. R.	100.—	"
S. S.	100.—	"
T. T.	100.—	"
U. U.	100.—	"
V. V.	100.—	"
W. W.	100.—	"
X. X.	100.—	"
Y. Y.	100.—	"
Z. Z.	100.—	"
Gesamt	1420.—	Mk.

Wir danken bestens und rechnen mit den anderen, die ebenfalls Hilfe zum Umbau haben.

Für den Umbau sind folgende Beträge eingegangen:

Das Schramm, Breslau	100.—	Mk.
H. H.	100.—	"
K. K.	100.—	"
L. L.	100.—	"
M. M.	100.—	"
N. N.	100.—	"
O. O.	100.—	"
P. P.	100.—	"
Q. Q.	100.—	"
R. R.	100.—	"
S. S.	100.—	"
T. T.	100.—	"
U. U.	100.—	"
V. V.	100.—	"
W. W.	100.—	"
X. X.	100.—	"
Y. Y.	100.—	"
Z. Z.	100.—	"
Gesamt	1420.—	Mk.

Allen Geben herzlich Dank.

Produktiv-Genossenschaft
3. 12. 1922

Karten zum Breiten von 110 Bl. 100. 50 Bl. für Kriegsveterane bedingten nur noch bis zum 3. Dezember zur Abholung. Nicht eingelieferte Karten dieser Art werden bis zum 1. Dezember in der Ecke der Kassen des Hauptvorstandes, Breitenstraße 11/13 in der Zeit von 8-2 Uhr zurückgeliefert.

Waldenburg.

Leitung zur Delegiertenversammlung der Fraktionslosigen Gewerkschaften. Ein Bergarbeiter ist nicht aus. Da in der letzten Delegiertenversammlung von der Belegschaft beschlossen wurde, ein Subkom zu ernennen, heißt ein Kommando den Auftrag, da es ein gesetzlicher Feiertag ist, 50 Prozent Zulage zu fordern. Die Direktion

An die werktätige Bevölkerung Breslaus

Nachdem der Reichs-Betriebsräte-Kongreß seine endgültigen Maßnahmen zum Kampfe gegen Not und Verelendung beschlossen hat, werden die dorthin entsandten Delegierten über den Verlauf der Konferenz berichten, sowie über die weiter zu ergreifenden Maßnahmen referieren.

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Zu diesem Zwecke finden im Laufe dieser Woche drei öffentliche Volksversammlungen statt und zwar in folgenden Lokalen:

- Dienstag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr,**
W r a t i s l a w i a (Erner), Mauritiusplatz;
- Mittwoch, den 6. Dezember, abends 7 1/2 Uhr,**
Z e n t r a l b a l l s a l e (Kronprinz), Westendstr. 50/52;
- Mittwoch, den 6. Dezember, abends 7 1/2 Uhr,**
b e i D a u d a c h, Frankfurterstraße 117.

Die gesamte werktätige Bevölkerung Breslaus, insbesondere die Frauen und die im öffentlichen Dienst stehenden Beamten sowie Vertreter aller politischen Parteien und der Gewerkschaften sind hierzu besonders eingeladen.

Breslau, den 4. Dezember 1922.

Betriebs-Räte
Bezirks-Ausschuß Breslau.

bermiltigte jedoch nur 25 Prozent, die als Weihnachtsgeschenk für die Invaliden und Witwen des Wertes verwendet werden sollen. Die Direktion des Wertes gibt dazu selbst noch 800 000 Mark, jedoch bei der Belegschaft von rund 6700 Mann nahezu 3 Millionen zusammenkommen. Eine schöne Summe, welche die Witwen und Invaliden sehr gut gebrauchen können. In der Versammlung stellte ich nun den Antrag, eine Kommission zu wählen, die darüber zu wachen hat, daß die Gelder auch tatsächlich in die Hände der Armen kommen. Am 25. November machte mir darauf der Betriebsrat Vorhaltungen; er erwiderte mir ein Mißtrauensvotum gegen sämtliche Betriebsobleute. Er ließ alle seine Vertreter aufmarschieren, jedoch mir recht wenig Zeit zur Rechtfertigung blieb. Ich verzagte schließlich, daß mir die Zahl der Witwen und Invaliden angegeben würde, damit die Möglichkeit besteht, auszurechnen, wieviel jeder Unterhaltungsbedürftige erhält. Hoffentlich gelangt nun das Geld so zur Auszahlung, wie es im Interesse der Invaliden und Witwen liegt. F. C.

Eine Mietersversammlung fand am 20. November 1922 in den 3 Koiern statt. Beim Eingang wurde die Eintrittserhöhung auf 1. 12. 1922 von 10 Mk. auf 20 Mk. beschlossen. Mietersvorsitzender J o s i f c h gab die Entscheidung der Hausbesitzer bekannt, wonach die Mieter nach dem Dollarkurs und herab zu werden sollen. Dieses Vorgehen ist nicht wirtschaftlich, die Mieter müssen sich häufig dagegen wehren. In der Diskussion schlug Mietersgenosse B e d v o r, eine Protestresolution zu beschließen und an Reichs- und Landtagsabgeordnete sowie das Volkswohl-Hilfsministerium zu senden. Ferner wurde über Vergütung für Abgang der Sachen

für Untermieter gesprochen. Die Nachzahlung der Grund-Gebäudesteuern vom 1. 1. bis 1. 10. 1922 gehen uns laut Reichsmietengesetz nichts an. Es kommen zur Geltung: 7 Prozent für Hypothekenzinsen von der Grundmiete 1914; 100 Prozent laufende Instandhaltungskosten (Glühbirnen, Reparaturen an Wasserleitungen, Defekten, Wasserrechnungen, Lichtrechnungen fallen zu den Betriebskosten (vorläufiger Vorschuß bis 500 Prozent). Es ist aber von Seiten verschiedener Wirte die Berechnung nicht durchgeführt und es sind Irrtümer zutage getreten. Obleute selbst sind über die Ausführungen des Reichsmietengesetzes noch nicht genügend unterrichtet. Es sollen Einmündigungen zur Schulung vorgenommen werden. Beschwerden über Wasserberechnung wegen Mißbrauch wurden besprochen und darüber Aufklärung gegeben. Um 11 1/2 Uhr wurde nach reger Aussprache die Versammlung geschlossen.

Waldenburg-Uttwasser.

Kriegsverletztenfürsorge. Des öfteren kann man die Beobachtung machen, daß Kriegsverletzte gezwungen sind, auf jede Art und Weise sich einen Nebenverdienst zu schaffen, um nicht zu verhungern. So sind meist diese Kriegsverletzten auf das Mitleid ihrer Arbeitskameraden angewiesen, wie wir dieser Tage beobachten konnten, wo 2 Kriegsverletzte durch Gesänge Aufmerksamkeit erregten. Die Kriegskenten sowie auch alle anderen Sozialrenten sind den heutigen Verhältnissen durchaus nicht angepaßt. Wo bleiben diejenigen „nationalistischen“ Kreise, die bei Ausbruch des Krieges großtuerisch riefen: „Der Tauf des Vaterlandes ist auch gewiß?“ Gerade diejenigen, die diesen Ausruf machten, haben speziell für die Notlage der Rentner das allerwenigste getan. Sie haben planmäßig die Notlage des arbeitenden Volkes durch ihre gewissenlose Profitgier verschärft. Die Rentner müssen aber aus dieser Misere soviel gelernt haben, daß sie den Kampf mit der gesamten Arbeiterschaft gegen die Unterdrücker aufnehmen müssen.

K P D
Kommunistische Partei Deutschlands (Bez. Schlesien)

Für jede Zeile unter dieser Rubrik muß ein Beitrag von 6.— Mk. gezahlt werden.

Bezirksleitung. Büro und Kasse: Breslau, Nikolaistraße 49/50. Fernsprecher Ring 8887. Adresse: Alfred Döhlner, Breslau 1, Nikolaistraße 49/50. Postfachkonto Breslau 68864, Alfred Döhlner

Agitationskreis Breslau. Kreisleiter: Elysester Koffanek Breslau.

Breslau. Dienstag, den 5. Dezember, abends 7 Uhr, im Parteibüro, Ortsleitungssitzung.

Breslau. Die Distriktabrechnungen vom November finden vom 30. 11. bis 6. 12. in der Zeit von 6 bis 8 Uhr nachm. in unserem Büro statt. Da die Bezirksleitung von uns früheste Abrechnung verlangt, wird jeder Distriktsaffizierter ersucht, recht pünktlich abzurechnen. Sämtliche Funktionäre, die die Sammellisten für Oberschlesten empfangen haben, sind verpflichtet, dieselben sofort abzurechnen.

Achtung Eisenbahner. Alle kommunistischen Eisenbahner treffen sich Montag, den 4. Dezember, abends 7 Uhr, im Parteibüro. Tagesordnung: 1. Bericht vom Reichsbetriebsrätekongreß. 2. Organisatorisches. 3. Freie Aussprache. Ausweis mitbringen.

Kommunistische Jugend. Bezirksleitung: Mag. Gläser, Breslau 1, Nikolaistraße 49/50. Postfachkonto: Breslau 675 95 Mag. Gläser.

Achtung Ortsgruppen. Die Konferenz der Bildungsobleute für die Kreise Waldenburg, Landeshut und Langenbielau mußte leider wieder verschoben werden und findet daher endgültig am Sonntag, den 10. Dezember im Jugendheim in Waldenburg statt. Beginn 9 Uhr. Alle Ortsgruppen, die noch keine Bildungsobleute gewählt haben, auch die anderer Kreise, müssen das bald tun und die Adressen durch eingeschriebenen Brief einsenden.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. J a r t s c h; Inserate M a r z i c h o e r. Druck und Verlag: Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau.



Vereinigung Internationaler Verlags-Anstalten
Berlin G B 61, Planufer 17

Das neue sozialistische Märchenbuch

Sieben erscheint:

Hermynia zur Mühlen / Märchen
mit farbigen u. schwarzen Illustrationen von Karl Holz
70 Seiten / Preis 5.— Mk.

In Einzelbänden erscheinen die Märchen:
Warum? / Der kleine graue Hund
Der Spatz / Der Rosenstock

Mit farbigen u. schwarzen Illustrationen v. Karl Holz
Gebunden in Pappeband gebunden / Preis 1,40 bis 2.— Mk.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen!

Die Geschäftszahl, mit der Sie Ihre Bestellung aufgeben, ist für den Buchhandel 128.

Zu beziehen durch: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H. — Breslau, Nikolaistraße 49/50. — Abt. Buchhandlung.

Ankauf
von
Gold-, Silber-, Platin-,
Uhren-Bruch-Gegenständen
wie Bestecke in Silber, Alpaka etc.
zu höchsten Tagespreisen
im Leihhaus
Brüll & Co.
Matthiasstrasse 88.

Genossen tut Eure Pflicht und verbreitet Euer Partei-Organ!

Sieben neu erschienen:

Das freie Land!
Kommunistischer Bauern-Kalender für das Jahr 1923
mit 2 Kunstbeilagen und 1 Wandkalender
Preis 100.— Mark

Zu beziehen durch die
Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., Abteilung Buchhandlung, Breslau, Nikolaistraße 49/50